



Niederschrift

17-010-JHA Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Kreises Bergstraße

am Mittwoch, 09.10.2013, 14:30 Uhr bis 15:15 Uhr,
im Sitzungssaal "Bergstraße", im Verwaltungsneubau der Kreisverwaltung in
64646 Heppenheim, Graben 15, 3. Stock,

- | | |
|---------|--|
| Punkt 1 | Verabschiedung der Niederschrift vom 19. Juni 2013 |
| Punkt 2 | Beratung Haushaltsentwurf 2014 |
| Punkt 3 | Anwendung von Tariflöhnen |
| Punkt 4 | Bericht über die Arbeit des Kommunalen
Jugendbildungswerkes des Kreises Bergstraße 2012 |
| Punkt 5 | Weiterführung / Übernahme der Angebote an Schulen aus
dem Bildungs- und Teilhabepaket in den Regelbetrieb ab 2014 |
| Punkt 6 | Bericht des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses |
| Punkt 7 | Bericht der Verwaltung |
| Punkt 8 | Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen |

Anwesende:

Vorsitzende/r:

Ringer, Stefan

stellvertretende/r Vorsitzende/r:

Wilkes, Matthias CDU

stimmberechtigte Mitglieder:

Dexler, Kerstin CDU

Wagner, Andreas

Pütt, Wolfgang

Roos, Dieter

Hapke, Ellen SPD

Wingerter, Sven SPD

Vertretung für Herrn
Kreistagsabgeordneten Josef Fiedler

Rothfritz, Maria

Vertretung für Herrn
Kreistagsabgeordneten Michael Patrick
Pfenning

Berg, Evelyn GRÜNE

Öhlenschläger, Doris

Weigand, Volker FDP

Ehret, Bruno

Wann, Horst
Blessing, Peter
Hahn, Kurt
Jüllich, Michaela

Thiels, Ursula
Jungfleisch, Thomas

Vertretung für Frau Brigitte Walz-Kelbel

beratende Mitglieder:

Dähn, Andreas
Schneider-Jaksch, Ute
Schmitt, Nicole

Paddenberg, Brigitte

Rhein, Gerhard

Wünker, Petra

Vertretung für Frau Dr. Frida Bordon

Vertretung für Frau Rosemarie Schultheis

Der Ausschussvorsitzende, Herr Ringer, eröffnete um 14:30 Uhr die 17-010-JHA Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Kreises Bergstraße, begrüßte die anwesenden Mitglieder, Mitarbeiter der Kreisverwaltung, Gäste und Vertreter der Presse.

Die Einladung ging den Mitgliedern mit Datum vom 25. September 2013 zu.

Desweiteren teilte der Vorsitzende mit, dass

- ✚ die Niederschrift vom 19. Juni 2013 den Mitgliedern zugeht,
- ✚ als Tischvorlage wurden verteilt:

- Haushalt 2014 – Entwurf – mit Haushaltskonsolidierungskonzept des Kreises Bergstraße für den Finanzplanungszeitraum 2014 – 2017 und Vergleich Stellenplan 2013 zum Stellenplanentwurf 2014,
- Vorlage Nr. 17-1016 Weiterführung / Übernahme der Angebote an Schulen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket in den Regelbetrieb ab 2014.

Die Beschlussfähigkeit wurde festgestellt.

Zur Tagesordnung berichtete der Vorsitzende, dass ihn die Verwaltung des Jugendamtes darüber informiert hat, dass der Abschlussbericht Heppenheimer Schul- und Jugendhilfemodell noch nicht vorgelegt werden kann und der Tagesordnungspunkt 5 abgesetzt wird.

Zur Tagesordnung fragte der Vorsitzende die anwesenden Mitglieder nach weiteren Änderungs- und Ergänzungswünschen. Da dies nicht der Fall war, stellte der Vorsitzende fest, dass der Tagesordnungspunkt 5 abgesetzt ist, alle anderen Tagesordnungspunkte um einen nachrutschen. Sodann stieg man in die Beratung der Tagesordnung ein.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Punkt 1: Verabschiedung der Niederschrift vom 19. Juni 2013

Der Vorsitzende fragte die Mitglieder, ob es zur Niederschrift vom 19. Juni 2013 Ergänzungs- bzw. Änderungswünsche gibt.

Da es keine Ergänzungs- und Änderungswünsche seitens der Mitglieder gab, gilt die Niederschrift als genehmigt.

Punkt 2: Beratung Haushaltsentwurf 2014

Sodann stieg man in die Beratung des Haushaltsentwurfs 2014 mit Entwurf des Haushaltskonsolidierungskonzepts des Kreises Bergstraße für den Finanzplanungszeitraum 2014 – 2017 und Vergleich Stellenplan 2013 zum Stellenplanentwurf 2014 ein, welcher mit email vom 02. Oktober 2013 verschickt und in der heutigen Sitzung als Tischvorlage verteilt wurde.

Der Vorsitzende fragte die Mitglieder, ob der Haushaltsentwurf 2014 produkt- oder – wie früher - auch seitenweise durchgegangen werden soll. Da es hierzu seitens der Mitglieder keine Wortmeldungen gab, wurde der Haushaltsentwurf produktweise aufgerufen.

Herr Landrat Wilkes berichtete zum Haushaltsentwurf 2014; insbesondere nahm er den Stellenplanentwurf 2014 zum Anlass, näher auf den Stellenzuwachs im Jugendamt einzugehen. Herr Wilkes verwies in diesem Zusammenhang auf die Evaluierung des Umsteuerungsprojekts „Familien stärken – Zukunft schaffen“ durch die Firma dialogicon, die dem Jugendamt eine sehr erfolgreiche Umsetzung des Projekts attestiert und empfohlen hat, die Umsteuerung in den Regelbetrieb des Jugendamtes zu übernehmen. Dazu sind die vorhandenen Projektstellen in Planstellen umzuwandeln. (Anmerkung: Dieses Ergebnis hatte die Fa. dialogicon dem JHA, dem Kreisausschuss, dem Ausschuss für Schule und Soziales sowie dem Haushalts- Finanz- und Personalausschuss am 19. Juni d.J. vorgestellt.) Darüber hinaus ergeben sich durch die im Jugendamt erfolgte Organisationsuntersuchung weitere Stellenbedarfe, die sich in den insgesamt 93,7 Planstellen im Stellenplanentwurf für das Jugendamt ab dem Jahr 2014 darstellen.

Nach diesen Erläuterungen und Beantwortung einer Verständnisfrage des Mitglieds Herrn Wann formulierte der Vorsitzende folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss den Entwurf des Haushaltsplans in allen 3 Teilen festzustellen.

Abstimmungsergebnis:

16-JA-Stimmen, 0 NEIN-Stimmen, 3 Enthaltungen.

Punkt 3: Anwendung von Tariflöhnen

Der Vorsitzende verwies auf den mit der Einladung zugegangenen Antrag zu diesem Tagesordnungspunkt und gibt wieder, dass seitens Frau Ursula Thiels und Herrn Horst Wann folgender Antrag gestellt wurde:

„Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass die seit Jahren anerkannten Tariflöhne der Träger inclusive einer betrieblichen Altersversorgung weiterhin als Bestandteil

der Entgeltabrechnung zur Anwendung kommen.

Die Verwaltung des Jugendamtes wird aufgefordert, dies bei Entgeltverhandlungen mit den Leistungserbringern in der Jugendhilfe umzusetzen.“

Der Vorsitzende erteilte Frau Thiels und Herrn Wann das Wort, um sich zu ihrem Antrag zu äußern. Herr Wann berichtete ausführlich.

Des Weiteren teilte Herr Wann mit, dass Frau Thiels und er als Antragsteller noch erwähnen möchten, dass sie beide durch die Zugehörigkeit zur Diakonie tariflich gebunden und daher nicht unmittelbar betroffen sind, gleichwohl von der fachlichen Seite hier Stellungnahme beziehen wollen. Herr Ringer dankte Herrn Wann.

Auf Feststellung von Mitglied Kurt Hahn, dass dem Ausschuss auch die Haltung/Einschätzung des Jugendamtes zu diesem Punkt bekannt sein sollte, erläuterte Frau Schneider-Jaksch, dass seitens der Verwaltung die Anwendung von Tariflöhnen nie ein Thema gewesen ist. Berechtigte Tarifkomponenten, Jahressonderzahlungen, Mehrarbeit, Nacht- und Bereitschaftszuschläge sowie Beiträge zur Altersversorgung

(Zusatzversorgung) werden stets anerkannt. Das ganze findet natürlich seine Grenzen durch gesetzliche Bestimmungen, die das Jugendamt zu beachten hat. Eine solche Grenze ist z.B. durch das Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit (§ 78 b Abs. 2. SGB VIII) gesetzt. Daraus leitet sich eine pflichtgemäße Prüfung des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe auch im Hinblick auf die Tarifgebundenheit des Leistungserbringers ab und welche Leistung ggf. eine freiwillige Leistung darstellt.

Auch angesichts von Schutzschirm, Vorgaben der Konsolidierung, Grundrechtsklage sind die Bestandteile der Kalkulationen für ein Entgelt nachvollziehbar und transparent zu machen.

Da die Rahmenvereinbarung nach §§ 78a ff SGB VIII hessenweit gekündigt wurde, ist das Jugendamt gehalten, in Einzelverhandlungen einzutreten, wenn es beispielsweise durch einen Träger der freien Jugendhilfe/Leistungserbringer dazu aufgefordert wird. Zwei Träger haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und aktuell finden mit diesen beiden Leistungserbringern Einzelentgeltverhandlungen statt.

Herr Ingenkamp, Firma kom-impuls, berät und begleitet das Jugendamt in der Verhandlungsführung, wie auch die beiden Leistungserbringer von Fachleuten ihrer Dachorganisationen in den Verhandlungen beraten und unterstützt werden.

Frau Thiels merkte an, dass gutes und qualifiziertes Personal auch in der aktuellen Situation nur gewonnen werden kann, wenn nach Tarif bezahlt wird und auch die entsprechenden Rahmenbedingungen bestehen, was die Arbeitsverträge angeht.

Mitglied Hahn konstatierte, dass zwei Positionen im Raum stehen und ihm zum weiteren Vorgehen einfallt, mit dem Thema den Fachausschuss „Erzieherische Hilfen und Förderung der Jugendhilfe“ zwecks Stellungnahme zu beauftragen.

Mitglied Roos stellte den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen, um sich mit dem Thema in der nächsten JHA-Sitzung ausführlich zu befassen.

Nach kontrovers geführter Diskussion ließ der Vorsitzende zunächst über den Antrag von Mitglied Roos abstimmen:

8 JA-Stimmen, 10 NEIN-Stimmen, 1 Enthaltung.

Der Vorsitzende fragte nach weiteren Wortmeldungen. Da dies nicht der Fall war, wurde über den Antrag von Herrn Wann und Frau Thiels abgestimmt.

Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass die seit Jahren anerkannten Tariflöhne der Träger inklusive einer betrieblichen Altersversorgung weiterhin als Bestandteil der Entgeltabrechnung zur Anwendung kommen.

Die Verwaltung des Jugendamtes wird aufgefordert, dies bei Entgeltverhandlungen mit den Leistungserbringern in der Jugendhilfe umzusetzen.“

Abstimmungsergebnis:

11 JA-Stimmen, 7 NEIN-Stimmen, 1 Enthaltung

**Punkt 4: Bericht über die Arbeit des Kommunalen
Jugendbildungswerkes des Kreises Bergstraße 2012**

Der Vorsitzende fragte die Verwaltung, ob es noch Ergänzungen zur schriftlichen Vorlage gibt; dies war nicht der Fall.

Fragen seitens der Jugendhilfeausschussmitglieder gab es nicht.

Die Vorlage wurde durch die Jugendhilfeausschussmitglieder zur Kenntnis genommen.

**Punkt 5: Weiterführung / Übernahme der Angebote an Schulen aus
dem Bildungs- und Teilhabepaket in den Regelbetrieb ab
2014**

Diese Beschlussvorlage wurde dem JHA mit email vom 02. Oktober 2013 zugesandt und als Tischvorlage in der heutigen Sitzung nochmals zur Kenntnis gebracht.

Seitens der Jugendhilfeausschussmitglieder gab es keine Wortmeldungen, so dass der Vorsitzende gleich zur Abstimmung auffordern konnte.

Beschluss:

Der Kreisausschuss, der Jugendhilfeausschuss, der Ausschuss für Schule und Soziales sowie der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss empfehlen dem Kreistag zu beschließen, dass die bis Ende des Jahres 2013 durch Bundesmittel befristet finanzierten Angebote aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) für die Förderung von Kindern im Rahmen von sozialer Arbeit an Schulen ab dem Jahr 2014 in den Regelbetrieb des Jugendamtes übernommen und weiterfinanziert werden.

Abstimmungsergebnis:

19 JA-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Punkt 6: Bericht des Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses

Der Vorsitzende teilte mit:

- Der Jahresbericht der Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche in Lampertheim ging den Mitgliedern per email zu, liegt zur Mitnahme in Papierform aus.

